

Neue Zürcher Zeitung.- 17.05.2019

Andreas Umland

Putin unter Zugzwang – es gibt viele Katalysatoren für eine kriegerische Eskalation um die Krim und das Asowsche Meer

Цугцванг Путіна: для ескалації навколо Криму і Азовського моря є багато каталізаторів

Андреас Умланд на сторінках швейцарського видання Neue Zürcher Zeitung пише, що запеклий конфлікт між Росією і Україною є далеким від вирішення. З прицілом на майбутні операції Москва і зовсім відкрила для себе новий простір для конфронтації: міжнародні води Криму і Азовського моря. Розвитку напруженості на узбережжі Криму та південно-східної України можуть сприяти кілька одночасно діючих каталізаторів, вважає експерт. Головним фактором, що сприяють можливої ескалації біля Азовського моря, є запізнена і обмежена реакція Заходу на конфронтацію в Керченській протоці, - вказує Умланд. Другим дестабілізуючим фактором в Азовському морі і в Криму є відсутність міжнародних організацій в регіоні. Третім фактором, який потенційно може вмотивувати Кремль до подальших авантюрих дій між Азовським і Чорним морями, може стати технічна несправність або економічна неефективність нового моста над Керченською протокою, йдеться в статті. Іншою інфраструктурною проблемою є для Кремля скрутна ситуація з забезпеченням Криму прісною водою.

<https://www.nzz.ch/meinung/kriegerische-eskalation-um-die-krim-und-das-asowsche-meer-moeglich-ld.1466573>

Ob Besetzung der Krim oder hybrider Krieg im Donbass – der gewaltsame Konflikt zwischen Russland und der Ukraine ist weit davon entfernt, gelöst zu sein. Im Hinblick auf künftige Operationen hat Moskau gar einen neuen Konfrontationsraum eröffnet: die internationalen Gewässer vor der Krim und das Asowsche Meer.

Wenn die rote Sonne über der Brücke von Kertsch im Meer versinkt, hat diese den Tag ohne Erdbeben heil überstanden. (Bild: Alexei Pawlischak / Reuters)

Am 25. November 2018 brachte Russland in der Strasse von Kertsch drei ukrainische Kriegsschiffe auf und nahm deren Besatzungen – insgesamt 24 Seeleute – gefangen. Diese Konfrontation auf See weist darauf hin, dass sich der Brennpunkt des russisch-ukrainischen Militärkonflikts sukzessive vom Donezbecken zum Asowschen Meer verlagern könnte. «Sollte es weitere solche Zwischenfälle auf See geben, könnte dies die Sperrung der Häfen am Asowschen Meer für die Schifffahrt bedeuten», meint Witalij Krawtschuk, Forschungsleiter am Kiewer Institut für Wirtschaftsforschung und Politikberatung.

Eine solche Entwicklung hätte nicht nur für die Grosstädte Mariupol (455 000 Einwohner) und Berdjansk (115 000 Einwohner) schwerwiegende wirtschaftliche Folgen. Beide Häfen wickelten bis dato rund fünf Prozent des ukrainischen Aussenhandels ab, in erster Linie Stahl-, Chemie- und Agrarexporte. Die Ukraine verfügt nur über eine eingeschränkte, in Teilen heruntergekommene alternative Verkehrsinfrastruktur und ist nicht ohne weiteres in der Lage, den bis jetzt über Mariupol und Berdjansk laufenden Handelsverkehr über andere Transportwege umzuleiten. Eine Eskalation im Asowschen Meer würde die ohnehin angeschlagene soziale Stabilität in der Südostregion der Ukraine

weiter untergraben und voraussichtlich zu einem Rückgang des Wirtschaftswachstums in der Ukraine führen.

«Krim» Reaktionsmodus

Trotz diesen möglicherweise schwerwiegenden Folgen ist solch ein Szenario nicht unwahrscheinlich, fördern doch verschiedene gleichzeitig wirkende und einander verstärkende Katalysatoren ein Anwachsen der Spannungen entlang der Küsten der Krim und der südöstlichen Festlandukraine. Darunter sind 1. die verhaltenen Reaktionen des Westens auf die unterschiedlichen russischen Eskalationsmuster, 2. das fehlende Engagement internationaler Organisationen im Asowschen Meer und auf der Krimhalbinsel, 3. die Stabilität und Funktionsfähigkeit der Brücke über die Kertscher Meerenge sowie 4. das ungelöste Problem nachhaltiger Frischwasserversorgung der besetzten Krim.

Moskau könnte versuchen, den geschlossenen Süßwasser-Kanal zwischen der Krim und dem Dnipro zu erobern. Eine solche Operation würde reguläre russische Truppen tief ins Landesinnere der Ukraine bringen.

Ein Hauptfaktor, der eine mögliche Eskalation am Asowschen Meer begünstigt, ist die verspätete und beschränkte Reaktion des Westens auf die Konfrontation in der Strasse von Kertsch. Der Westen folgt bis jetzt dem «Krim» (und nicht «Donbass») Modus des Reagierens auf die zunehmenden Spannungen zwischen Moskau und Kiew in der Südostukraine. Die EU hat anders als nach dem Abschuss von MH17 im Juli 2014 auf die Gefangennahme der ukrainischen Seeleute im vergangenen Jahr nur zaghafte reagiert.

Stattdessen sandte der Westen – seinem Vorgehen nach der russischen Annexion der Krim im März 2014 folgend – eine Vielzahl verbaler und symbolischer Signale an Moskau. Diese bis jetzt weitgehend nichtmateriellen Reaktionen des Westens könnten den Kreml ermutigen, russische Militär- und andere antiukrainische Aktivitäten stärker vom Donbass an das Asowsche Meer zu verlagern. Für Moskau könnte sich diese Region im Vergleich zum Donbass als ein – ökonomisch – weniger riskanter Austragungsort hybrider Kriegsführung darbieten.

Keine internationale Präsenz

Ein zweiter destabilisierender Faktor am Asowschen Meer und auf der Krim ist die weitgehende Abwesenheit internationaler Organisationen beziehungsweise deren Fehlen in dieser Region. Im Gegensatz dazu schlug Putin im Jahre 2017 eine Erhöhung der Präsenz solcher Organisationen im Donbass vor. Er regte an, der relativ umfangreichen, aber unbewaffneten OSZE-Beobachtermission ein kleines bewaffnetes Uno-Schutz-Kontingent zur Seite zu stellen. Zwar überzeugte dieser russische Vorschlag damals weder die Ukraine noch den Westen und wurde deshalb von beiden nicht aufgegriffen.

Trotzdem war Putin im Hinblick auf die Ostukraine der Präsenz internationaler Organisationen eher zugeneigt als im Hinblick auf das Asowsche Meer und die Krim. In der Südostukraine dagegen blockiert der Kreml unverhohlen eine auch nur minimale Präsenz unbewaffneter OSZE- oder anderer Beobachter, von einer bewaffneten Uno-Mission ganz zu schweigen. Das Fehlen jeglicher relevanten internationalen Organisationen am Asowschen Meer und auf der Krim macht russische Aktionen in diesem Raum weniger riskant und umso mehr wahrscheinlich.

Ein dritter Faktor, der den Kreml potenziell zu weiterem abenteuerlichem Handeln zwischen Asowschem und Schwarzem Meer motivieren könnte, wären ein technisches Versagen oder wirtschaftliche Ineffektivität der neuen Brücke über die Strasse von Kertsch, welche die Krim mit der Russischen Föderation verbindet. Dieses Prestigeobjekt hat hohe politisch-symbolische Bedeutung für die Legitimation des Putin-Regimes gegenüber der Bevölkerung Russlands. Sollte die Brücke – aus dem einen oder dem anderen Grund – ihre gewollte Wirkung, einen Aufschwung in der sozioökonomischen Entwicklung der Krim und deren Einbindung in die Wirtschaft Russlands, verfehlen, könnte der Kreml nach Ausflüchten für seinen Misserfolg suchen. Er wäre dann verleitet, als öffentliche Erklärung für eine teilweise oder gar vollständige Dysfunktionalität der Brücke eine Eskalation in Szene zu setzen.

Das könnte insbesondere der Fall sein, sollte die Brücke zu bröckeln beginnen. Ukrainische Medien berichteten seit der Eröffnung der sogenannten «Krim-Brücke» im Mai 2018 wiederholt von technischen Problemen und geologischen Risiken des enormen Bauwerks. Eine mögliche Schliessung oder gar ein Einsturz der Brücke würden dem nach der Annexion geschaffenen öffentlichen Selbstbild des Putin-Regimes einen herben Schlag versetzen und Täuschungsmanöver seitens des Kremls – militärische eingeschlossen – wahrscheinlicher machen. Selbst wenn die umstrittene Konstruktion hält, bleibt die Frage bestehen, inwieweit die Brücke ihren Zweck – ein Ankurbeln der derzeitigen Subventionswirtschaft der Krim und ihre Assimilation mit Russland – erfüllen wird. Sollte die teure Verbindung diesen Erwartungen nicht gerecht werden, wird das die Wahrscheinlichkeit russischer Eskalationen im Schwarzmeerraum erhöhen, um diesen strategischen Fehler des Kremls zu verschleiern.

Die Frage der Wasserversorgung

Ein weiteres Infrastrukturproblem für den Kreml ist die prekäre Situation der Frischwasserversorgung der Krim. 2014 stoppte Kiew den Süswassertransport vom Unterlauf des Dnipro-Flusses durch den sogenannten Nordkrim-Kanal über die Landenge von Perekop auf die Halbinsel. Die seither schwindenden Wasserreserven in Kombination mit mangelnder eigener Elektroenergieerzeugung auf der Halbinsel sind eine virtuelle Zeitbombe mit potenziell weitreichenden ökonomischen und sozialen Folgen für die Krim-Bewohner. Es überrascht, dass Moskau seit 2014 wenig zur Lösung dieses Problems getan hat. So hat Russland zum Beispiel weder eine nennenswerte Entsalzungsanlage noch eine hinreichend leistungsfähige Energieinfrastruktur errichtet, welche die zunehmenden Frischwasser-Probleme der Krim lindern könnte.

Sollte es in absehbarer Zeit keine prinzipielle Lösung dieses Problems geben, zum Beispiel durch den Bau einer grossen Desalinierungsanlage, werden die Krim-Bewohner in immer grösserem Masse die Auswirkungen unzureichender Süswasserversorgung in der Wirtschaft und letztlich auch im täglichen Leben zu spüren bekommen. Eine Zunahme sozialer Spannungen auf der Halbinsel würde einen weiteren potenziellen Auslöser für Szenarien einer Eskalation zwischen Russland und der Ukraine liefern. Moskau könnte zum Beispiel versuchen, den derzeit geschlossenen Kanal zwischen der Krim und dem Dnipro zu erobern. Solch eine grosse Militäroperation würde reguläre russische Truppen tief ins Landesinnere der Ukraine bringen und zum Beginn eines zweiten, nunmehr regulären, offiziellen zwischenstaatlichen Krieges zwischen den beiden grössten Flächenländern Europas führen.

Diese hier aufgelisteten Umstände stellen nur einige der möglichen Faktoren weiterer militärischer Eskalationen zwischen Russland und der Ukraine dar. Insbesondere für den Fall, dass sich diese vier Bedingungen auf der Krim, in der Strasse von Kertsch und im Asowschen Meeres miteinander verbinden, werden die Spannungen in der Region wahrscheinlich anhalten beziehungsweise weiter zunehmen. Die Häfen Mariupol und Berdjansk werden, wenn sie denn überhaupt weiter in Betrieb bleiben, mit verschiedenen Einschränkungen und Risiken zu kämpfen haben.

Werden die Ukraine und ihre westlichen Partner in der Lage und willens sein, den in der Region agierenden verschiedenen Wirtschaftsakteuren alternative Transportwege, glaubwürdige Stabilitätsgarantien und funktionierende Sicherheitsmechanismen zur Verfügung zu stellen? Falls nicht, sollte der ukrainische Staat damit beginnen, sich auf den allmählichen Niedergang von Mariupol und Berdjansk und die damit einhergehenden schwerwiegenden sozialen, wirtschaftlichen und politischen Folgen für die gesamte Ukraine vorzubereiten.

Andreas Umland ist Non-Resident Fellow des Zentrums für Europäische Sicherheit Prag, Forscher am Institut für Euro-Atlantische Kooperation Kiew und Schriftleiter der Buchreihe «Soviet and Post-Soviet Politics and Society».